

# grh Mitteilungen <sup>2</sup>/<sub>22</sub>

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)

Internet: [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org) ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

---

## Bei anderen gelesen

Arnold Schölzel in der UZ vom 21. Januar 2022

## Effektiver als ein Radiokalenerlass

Aus streng wirtschaftlicher Sicht war der Anschluss der DDR 1990 die Übernahme einer gewaltigen Immobilie. Die dort lebende Bevölkerung störte. Denn wer im Sozialismus gelebt hatte, war für Kapital und Politik der BRD verdächtig. Wer sich aber für die DDR und gar für ihre Verteidigung engagiert hatte, musste kaltgestellt, notfalls mit Hilfe des politischen Strafrechts hinter Schloss und Riegel gebracht werden.

Was also tun mit der DDR-Gesellschaft? Einfache Frage, einfache Antwort: Zunächst gesellschaftliche Netze zerschlagen, das heißt insbesondere Arbeits-, politische und gewerkschaftliche Kollektive. Das führte zur Abwanderung von rund fünf Millionen DDR-Bürgern. Vieles bei der Beseitigung von Hinterlassenschaften der DDR erledigte sich so nebenbei. Es blieben allerdings die Millionen DDR-Bürger, die verdächtig waren, mit Selbstbewusstsein den westdeutschen Eroberern und ihren ostdeutschen Helfern entgegenzutreten. Sie waren das Gespenst, das in Vorständen von Großbanken und Konzernen sowie dem bundesdeutschen Staatsapparat 1990 umging. FDJ- und KPD-Verbot ließen sich nicht wiederholen, die Berufsverbote, die am 28. Januar 1972 beschlossen wurden, in der damaligen Form auch nicht. Sie sind immerhin

auch bei liberalen Publizisten wie Heribert Prantl im Gedächtnis. Er verschickte am vergangenen Sonntag seine „politische Wochenschau“ unter dem Titel „Hexenjagd-Jubiläum“. Die Berufsverbote, die ab 1990 in der DDR durchgesetzt wurden, kommen aber bei ihm nicht vor. Der wichtigste Grund dürfte sein: Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bleibt ein Tabu. Es war zwar seit seiner Gründung aus der Sicht des Westens staatlich organisierte Opposition gegen die BRD, aber diese Tatsache zu benennen, ist bei Strafe sozialer Ächtung nicht geboten. Seit 1990 spätestens muss der Gesslerhut begrüßt werden, das MfS habe vor allem die eigene Bevölkerung unterdrückt. Also wurde die Überprüfung auf Tätigkeit für das MfS nicht nur bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst zuletzt im September 2019 bis zum Ende des Jahres 2030 verlängert, gilt also auch für jene, die 1990 Schüler in der DDR waren. Seit 32 Jahren droht so fristlose Kündigung im öffentlichen Dienst und ein lebenslanges Berufsverbot. Deutscher Imperialismus hat einen langen Atem.

Mit den DDR-Intellektuellen ließ sich vergleichsweise kurzer Prozess machen. Auch weltweit bekannte Wissenschaftler wurden vertrieben. Sachsen war vorbildlich bei der Vertreibung von DDR-Wissenschaftlern und vieles, was dort geschieht, hat nicht nur soziale Ursachen, etwa im Niedriglohn. Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer.

Die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) gab 1993 ein Weißbuch

zu „Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet“ heraus. Einige Zahlen: „Nach den Angaben der Bundesregierung hatten im Dezember 1992 von den ehemals 195.073 Beschäftigten in Forschung und Lehre nur noch circa 23.600 eine Vollzeitstelle, das waren 12,1 Prozent.“ Von den einst 30.000 Künstlern, die in den DDR-Künstlerverbänden organisiert waren, konnte sich 1993 nach Schätzungen etwa ein Drittel von ihrem Beruf ernähren. Rund 80 Prozent der Unterhaltungskünstler mussten aufgeben. Von den bei Film, Fernsehen, Hörfunk, Verlagen und Printmedien der DDR etwa 30.000 Beschäftigten hatte geschätzt noch rund ein Viertel eine Stelle. Von den insgesamt zwei Millionen Hoch- und Fachschulabsolventen, die in der DDR lebten, wurden mehr als eine Million aus dem Berufsleben ausgegrenzt. Weltweit gab und gibt es nichts Vergleichbares, Kritik etwa der UNO wurde ausgesessen.

Für die Herrschenden der Bundesrepublik hieß die Lehre: Die soziale Vernichtung potentieller Gegner ist effektiver als ein „Radikalenerlass“. Die offene Repression bleibt in Reserve, wichtiger aber ist die Verdrängung ganzer Gesellschaftsgruppen per Gesetz. Was in der DDR funktioniert hat, wurde Blaupause für die anti-soziale und kriegsvorbereitende Politik der folgenden Jahrzehnte.

**Eva Ruppert, Bad Homburg, Mitglied des „Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland“, bekannt durch ihren persönlichen Kontakt und Briefwechsel mit Erich Honecker während seiner Haftzeit in der JVA Moabit, zu dem Artikel "Berlin will mitreden", in junge Welt vom 19.01.22**

Die deutsche Außenministerin trägt den Kopf sehr hoch, überzeugt von sich selbst und ihrer Haltung zu Russland. Einen Stapel Papiere habe sie dabei, seit ihrem Amtsantritt habe sie sich damit beschäftigt. Das musste sie wohl auch, hat sie doch als Gesprächspartner den langjährigen hochintelligenten russischen Außenpolitiker und Diplomaten Lawrow. Mit

kühler Miene trägt dieser die Haltung der Russischen Föderation vor.

Nach ihrem ersten Auftritt als Außenministerin, bei dem sie politische Macht demonstrieren wollte, indem sie gleich zwei russische Diplomaten auswies, zeigte sie sich diesmal diplomatischer. Es gelte, zum "Normandie-Format" zurückzukehren, bei dem außer Russland auch Frankreich und Deutschland mit am Tisch saßen. Damit will sich Deutschland als wichtigstes NATO-Mitglied auf jeden Fall mit einem Fuß die Tür nach Osten offenhalten.

Die Krise geht letzten Endes auf Gorbatschow als letztem Regierungschef zurück, der leichtfertig oder mit Absicht nur mündlich den Verzicht auf eine Osterweiterung der NATO hinnahm. Damit waren alle Folgeereignisse in der russischen Föderation vorgezeichnet.

Hätte der Warschauer Vertrag weiter Bestand gehabt, dann hätte die NATO sich nie so weit nach Osten ausdehnen können.

Es ist allgemein bekannt, dass schon seit längerer Zeit NATO-Militär in der Ukraine präsent ist, Manöver durchführt und ukrainische Soldaten ausbildet. In Litauen, also nicht weit von Russland, stehen Bundeswehrsoldaten im Auftrag der NATO. Wer bedroht also wen?

Stets wird das Recht auf "freie Bündniswahl" ins Feld geführt. Wie frei ist diese Wahl? Wie weit sie geht, konnte man bei der Beseitigung des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch sehen und dem anschließend angezettelten blutigen faschistischen Putsch 2014.

Sind etwa "Regime-Changes" Zeichen von Freiheit? Dass Russland seine Grenzen sichert, ist eine natürliche Reaktion auf die Bedrohung an seinen Grenzen. Dazu kommt eine immense Indoktrination und Hetze bundesdeutscher Medien gegen Russland, die Androhung weiterer Sanktionen wie kürzlich einer möglichen Absage an Nordstream 2 durch den deutschen Bundeskanzler.

Wenn NATO-Generalsekretär Stoltenberg von der NATO als einem "Vertragsbündnis" spricht, das "kein Land bedroht", ist das eine bewusste Lüge. Bei den letzten politischen Gesprächen zwischen West und Ost hat man den Eindruck, dass die BRD wie auch ihre

Partner in der EU nur Vasallen der USA sind, die ihre wirtschaftliche Macht ausspielen und festigen will - angesichts der wachsenden ökonomischen und politischen Macht Chinas.

Man kann nur hoffen, dass das Minsker Abkommen endlich von den Vertragspartnern eingehalten wird und eine diplomatische Lösung des Konflikts möglich sein wird.



Am Gedenkstein für Rosa Luxemburg in Chemnitz, auf dem Brühl, vor der gleichnamigen Schule, trafen sich am 15. Januar 2022 vormittags mehr als 20 traditionsbewusste Freunde aus den uns gleichgesinnten Vereinen, Organisationen und Verbänden zur Ehrung der von reaktionären Kräften vor 103 Jahren ermordeten Rosa Luxemburg. Die Ehrung galt auch gleichzeitig ihrem Kampfgefährden Karl Liebknecht.

Im Verlaufe der Gespräche kam übereinstimmend zum Ausdruck, dass die Anstrengungen im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus noch mehr verstärkt werden müssen. Erhaltung eines dauerhaften Friedens muss das Ziel sein.

Kein Krieg gegen Russland, auch das war ein Gesprächsthema.

*Dieter Ammer, TAG Chemnitz*

### **Endlich wieder ein weiterer Termin**

Das 10. Kundschaftertreffen der GRH findet am 23. April 2022 statt. Eine Konkretisierung erfolgt durch Einladungen.

### **Hinweis zur Mitgliederversammlung am 5. März 2022**

Die Geschäftsstelle hat bereits die ersten Anmeldungen zur Teilnahme entgegengenommen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, weisen wir vorsorglich noch einmal auf die geltenden Corona-Regelungen hin:

An Veranstaltungen wie unsere Mitgliederversammlung, bei denen in Berlin die 2G-Plus-Regel gilt, können nur vollständig geimpfte oder genesene Personen teilnehmen, die zusätzlich das negative Ergebnis eines Antigen-Schnelltests oder eines PCR-Tests vorlegen können. **Für Personen mit Auffrischimpfung (Booster-Impfung) entfällt die zusätzliche Testpflicht bei 2G-Plus.** Ausnahmen gelten für bestimmte Bereiche wie zum Beispiel beim Zutritt zu Pflegeheimen und Krankenhäusern. Hier sollen zum Schutz der Bewohner bzw. Kranken auch Personen mit Booster-Impfung ein negatives Testergebnis vorlegen

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Februar, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

#### **zum 100. Geburtstag**

*Dr. Heinz Frenzel, Ferch*

#### **zum 95. Geburtstag**

*Heinz Jonas, Gardelegen  
Hans Prüfer, Berlin*

#### **zum 92. Geburtstag**

*Rudi Sonntag, Berlin*

#### **zum 91. Geburtstag**

*Kurt Redenz, Falkensee  
Joachim Herfurth, Ragun  
Edwin Hille, Berlin  
Heinz Ulbrich, Berlin*

#### **zum 90. Geburtstag**

*Horst Juch, Berlin  
Inge Schüler, Potsdam*

#### **zum 85. Geburtstag**

*Manfred Ganzer, Berlin  
Peter Müller, Schönwalde-Glien*

**zum 80. Geburtstag**

*Siegbert Sinagowitz, Waldsteinberg*

**zum 60. Geburtstag**

*Jürgen Köhler, Berlin*

**zum 50. Geburtstag**

*Rüdiger Czech, Berlin*

**Danke, lieber Freund Werner Großmann**



Der Tod von Werner Großmann, dem letzten Leiter der HVA und stellvertretenden Minister des MfS, ist für uns und für alle progressiven Menschen in Deutschland ein großer Verlust. Werner hatte als Nachfolger von Markus Wolf hervorragenden Anteil an der Sicherung des Friedens durch die Aufklärung imperialistischer Kriegspolitik. Er war international hochgeachtet und zeichnete sich auch nach 1990 durch Standhaftigkeit in der Verteidigung der sozialistischen DDR aus. Seine besondere Aufmerksamkeit und Sorge galt den Kundschaftern des Friedens. Die GRH verliert einen langjährigen Mitstreiter und guten Freund. Er bleibt unvergessen.

**Die Energiepreise steigen ins Unermessliche. Weitere Steigerungen sind angekündigt.**

"Energiepreisstopp Jetzt". Unter dieser Forderung hat die DKP eine Kampagne gestartet. Sie fordert als Sofortmaßnahme, einen gesetzlichen Preisstopp für Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen und Soforthilfen für arme Familien.

Im Internet abrufbar unter

[www.energiepreisstopp-jetzt.de](http://www.energiepreisstopp-jetzt.de).

Listen können dort ausgedruckt werden.

Meine Meinung:

Deutschland bezeichnet sich als "sozialer Rechtsstaat". Und die Wirtschaft als "soziale Marktwirtschaft". Ich frage mich, wo bleibt das "Soziale"? Die Explosion der Energiepreise beweist ein weiteres Mal, wie sozial dieses Land auch unter der neuen Ampelregierung wirklich ist. Jetzt sind sogar elementare Lebensbedingungen ernsthaft gefährdet. Statt faire Wirtschaftsbeziehungen z.B. mit Russland zu betreiben, ist politische Konfrontation wichtiger als die soziale Sicherheit der Menschen. Statt einen Teil der Profite für soziale Zwecke zu nutzen, verarmt ein wachsender Teil der Bevölkerung. Gegen eine solche Politik hilft nur gemeinsamer Widerstand. Deshalb sollten viele Bürger, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen, die Kampagne der DKP unterstützen. Wir alle sind gefährdet. .

*Hans Bauer*

***Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern***

**Karl-Peter Füllelein aus Lunzenau/Cossen**

Er verstarb im Dezember 2021  
im Alter von 69 Jahren

**Fritz Müller aus Falkensee**

Er verstarb am 12. Januar 2022  
im Alter von 92 Jahren

**Gerhard Scharf aus Burgstall**

Er verstarb Ende Januar 2022  
im Alter von 84 Jahren

**Katharina Straube aus München**

Sie verstarb am 20. Januar 2022  
im Alter von 86 Jahren

**Werner Großmann aus Berlin**

Er verstarb am 28. Januar 2022  
im Alter von 92 Jahren

**Siegfried Heger aus Bwelin**

Er verstarb am 29. Januar 2022  
im Alter von 97 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen

Der Vorstand, TAG Chemnitz, Potsdam,  
Blankenburg, AG Kundschafter,  
Hohenschönhausen